
FDP Main-Kinzig

FRAKTION: SCHULENTWICKLUNGSPLAN FEHLT PERSPEKTIVE IN SACHEN HUXIT

09.12.2020

FDP-Fraktion sieht Unterricht von 150 Schülerinnen und Schülern in Gefahr

Schulentwicklungsplan (SEP) fehlt Perspektive in Sachen HUXIT

„Die Schulvereinbarung zwischen dem Main-Kinzig-Kreis und der Stadt Hanau zum Ausbau der Karl-Rehbein-Schule und der Hohen Landesschule war für die Schulentwicklung des Westkreises einer der wichtigsten Bausteine der vergangenen Jahrzehnte“, weiß der ehemalige Schuldezernent der Stadt Hanau und heute ehrenamtliche Kreisbeigeordnete, Prof. Dr. Ralf-Rainer Piesold und erinnert, dass die inzwischen fast 15 Mio. € des Kreises den beiden Schulen erheblich geholfen haben.

Durch die Bezuschussung in Höhe von fast 15 Millionen Euro aus Kreismitteln und der besonderen Leistung der Schulgemeinde, insbesondere des Schulleiters Jürgen Scheuermann, ist es gelungen, die beiden Hanauer Gymnasien auf den neuesten Stand zu bringen. Für alle Beteiligten, den Landkreis, die Stadt Hanau, die Kollegien der Schulen, die Eltern und vor allen für die Schülerinnen und Schüler, ist so eine WIN-WIN-WIN-WIN-Situation entstanden.

Der aktuelle Entwurf des Schulentwicklungsplans des Main-Kinzig-Kreises, wie er vom Kreisbeigeordneten Winfried Ottmann (CDU) in der letzten Kreistagssitzung eingebracht worden ist, ist für die FDP-Fraktion in seiner aktuellen Form abzulehnen. Ein wichtiger Grund hierfür ist, dass der Schulentwicklungsplan keine Perspektive aufzeigt, wie in wenigen Jahren genügend Gymnasialplätze zur Verfügung gestellt werden können.

„Der Schulentwicklungsplan ist insbesondere im Blick auf den HUXIT gänzlich perspektivlos“, macht der FDP-Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Alexander Noll, deutlich und ergänzt präzisierend: „Die wichtige Kooperationsvereinbarung wird nur bis in das Jahr

2024 fortgeschrieben. Eine verlässliche zukunftsorientierte Planung ist somit für keine Seite möglich.“

Auch für den Kreistagsabgeordneten Kolja Saß ist die Unsicherheit über das Fortbestehen der Möglichkeit für die Schülerinnen und Schüler aus dem MKK, in Hanau zur Schule zu gehen, eine Abkehr der bisherigen guten Kooperation: „Der Entwurf des SEP gibt dazu nur bedingt Auskunft, wie es überhaupt mit der Kooperation weitergehen soll. Gerade einmal zehn Zeilen war der Verwaltung um Landrat Stolz diese wichtige Thematik wert.“

„Im Kern wird zwar angedeutet, dass eine dauerhafte Lösung nach 2024 angestrebt würde. Die Frage, ob es darauf jedoch überhaupt eine realistische Chance gäbe, wird dann aber nicht beantwortet“, präzisiert Saß enttäuscht.

Weiter vorne ist im SEP lediglich zu lesen, dass man zwar versuche die Vereinbarung auch über das Jahr 2024 zu verlängern, aber die Stadt Hanau den Schulraum für die wachsende Zahl an Hanauer Schülerinnen und Schülern selbst benötigen würde.

„Im Klartext bedeutet das, dass der Kreis in der Frage eigentlich ratlos ist. Deshalb müssen im Falle des Scheiterns der Verlängerung der Schulvereinbarung Alternativen aufgezeigt werden. Andernfalls muss man wohl damit rechnen, dass ab 2024 die Situation für im Westkreis wohnende aber in Hanau zur Schule gehende Schülerinnen und Schüler schwierig werden könnte“, weiß Saß.

„Die Empfehlung auf die Erweiterung der Kopernikus-Schule um eine einzelne Klasse reicht da bei weitem nicht aus. Die jetzige Schulvereinbarung hat bereits den Umfang von 5 Klassen. Daher sollten beide Seiten ein Interesse daran haben, gemeinsam zu prüfen, ob ein weiteres Gymnasium im westlichen Bereich, Maintal, Bruchköbel, Erlensee oder Rodenbach, die Situation entlasten würde“, skizziert Alexander Noll eine Lösungsmöglichkeit und ergänzt mit Nachdruck: „In dem kurzen Zeitraum bis 2024 ist der Neubau eines neuen Gymnasiums jedoch vollkommene Utopie. Daher muss der Planungshorizont im SEP dringend deutlich erhöht werden.“

„Sicherlich gäbe es Möglichkeiten zur Einigung mit der Stadt Hanau, wenn der Wille in Hanau vorhanden ist. Ob dieser vorhanden ist, kann sich erst durch das Ergebnis entsprechender Verhandlungen zeigen. Ich hoffe jedoch, dass die Mehrheit der Hanauer Kommunalpolitiker die spürbaren Abgrenzungstendenzen nicht mittragen wird. Dieses

würden zu einer Verschlechterung des Schulangebotes im Westkreis führen, die auch den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Hanau schaden würde. Die 150 Schülerinnen und Schüler aus dem Main-Kinzig-Kreis sind auch wichtig für die Hanauer Schulen“, erklärt Dr. Piesold.

„Für mich ist die Bildung das höchste Gut, das eine Gesellschaft hat. Da muss man konsequent auf Qualität achten. Ob der Main-Kinzig-Kreis überhaupt innerhalb von vier Jahren eine Alternative zur Karl-Rehbein-Schule und zur Hola schaffen kann, muss grundsätzlich bezweifelt werden. Eine neu aufgebaute Schule müsste erst mal Strukturen und Netzwerke etablieren. An den bestehenden Bildungseinrichtungen sind seit Jahrzehnten Verbindungen zu Wirtschaft, Kultur, Fördervereinen und vielem mehr aufgebaut worden“, ergänzt Piesold.

„Ansonsten enthält der SEP auch positive Aspekte. Insbesondere die Digitalisierung der Schulen ist hinreichend berücksichtigt worden. Sowohl die technische Ausstattung als auch die W-Lan Versorgung wird weiter ausgebaut“, stellt Saß positiv heraus, da nur so auch in schwierigen Zeiten das Schulangebot aufrecht gehalten werden könne, wie die COVID-Pandemie nun auch den letzten ewig Gestrigen eindrucksvoll aufgezeigt habe.

„Der Schulentwicklungsplan benötigt insbesondere in den aufgezeigten Punkten noch einige Überarbeitung. Als FDP-Fraktion freuen wir uns, dass wir dies dem Kreistag in der vergangenen Sitzung aufzeigen konnten und der Entwurf auf unseren Antrag hin zunächst einmal in den Bildungsausschuss verwiesen worden ist“, macht Alexander Noll deutlich. „Die FDP-Fraktion wird wie gewohnt produktiv im Ausschuss daran mitarbeiten, um die Schulentwicklung bestmöglich im Sinne der Schülerinnen und Schüler zu gestalten.“

Die FDP-Fraktion fordert jedoch parallel hierzu die Schuldezernenten des Kreises und der Stadt Hanau, Winfried Ottmann und Axel Weis-Thiel, auf, sich im Sinne der Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern rasch auf die längerfristige Fortsetzung der Kooperation zu einigen. Es dürfen jetzt keine Mauern aufgebaut werden. Dass dies möglich ist, haben die Herren Frenz und Piesold bereits vor einigen Jahren aufgezeigt.

Die FDP-Fraktion kündigt an, sollten die Gespräche zwischen der Stadt Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis scheitern, ab April 2021 im neu gewählten Kreistag den Bau eines neuen Gymnasiums im westlichen Main-Kinzig-Kreis zu beantragen.